

4. Die Dezentralisierung des Landes muß sorgfältig geplant und der Panlong-Vertrag vom 12. Februar 1947 zu neuem Leben erweckt werden. Dieser Vertrag regelte das friedliche Zusammenleben der Völker von Burma proper und der 7 Staaten, die mehrheitlich von Minoritäten bewohnt werden. Die föderale Verfassung bestimmt auch die Aufteilung des Staatseinkommens zwischen Zentralregierung und Bundesstaaten.  
Eine zu schnelle Dezentralisierung des Landes könnte separatistische Kräfte wecken, ein vorsichtiges und sorgfältiges Vorgehen ist deshalb erforderlich. Offen blieb, inwieweit sich solche Prozesse überhaupt steuern lassen, wie man mit den unzähligen Menschenrechtsverletzungen des Militärs umgeht und was mit dem Vermögen des Militärs, das den größten Teil der Wirtschaft kontrolliert, geschehen soll.
5. Politische Reformen müssen Hand in Hand mit wirtschaftlichem Wachstum gehen, wobei die Diskussion deutlich zum Ausdruck brachte, dass die politische Öffnung des Landes der erste Schritt sein muß, bevor man über eine weitere wirtschaftliche Liberalisierung nachdenken kann. Ohne wirtschaftlichen Aufschwung ist eine Bewältigung der enormen sozialen Probleme unmöglich. Doch wird finanzielle Unterstützung von außen nur dann positive soziale Auswirkungen haben, wenn die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen wurden.
6. Politische, soziale und wirtschaftliche Reformen müssen gemeinsam mit den Resten der alten Bürokratie umgesetzt werden, selbst wenn dies den Demokratisierungsprozeß weiter verlangsamten würde.

Zum Ende der Konferenz wurden von den Teilnehmern in drei Arbeitsgruppen weitere konkrete Schritte diskutiert, die für die Politik der Exilregierung, die Aktionen der im Ausland lebenden Intelligenz und die Arbeit der Nichtregierungsorganisation von Bedeutung sein könnten.

*Norbert von Hofmann*

### **Third International Forum of the Collaboration Projects**

Tokio, 17. – 21. September 2001

Vom 17. bis 21. September 2001 fand in Tokio das 3. internationale „Forum of the Collaboration Projects“ statt. Mit diesem internationalen Studienprogramm will die japanische Regierung neue Wege im Umgang mit den Langfristproblemen „Alternde Gesellschaft“ und „Umweltveränderungen“ erkunden. Seit Sommer 2000 arbeiten weltweit etwa 30 Forschungseinrichtungen zu den Themen Abfallpolitik, Energieszenarien, Stoffströme, Klimapolitik und Beschäftigung sowie zu demographischen Fragen. Zum Auftakt

der Umweltkonferenz begrüßte Heizo Takenaka, als Minister für Wirtschaft und Steuerpolitik neuer starker Mann hinter Ministerpräsident Koizumi, die Teilnehmenden. Er brachte den Wunsch zum Ausdruck, über neue Technologien und geeignete Markterschließungen Wirtschaft und Umwelt zusammenbringen zu können. Dies hat in Japan angesichts der bevorstehenden Reformprogramme und der Rezession herausragende Bedeutung.

Die japanische Abfallpolitik wurde in den letzten Jahren umfassend reformiert. Leitwerte des neuen Umweltrechts sind „Reduction, Reuse and Recycling“ (3 R's). Die Umsetzung bereitet allerdings Probleme. Japan strebt an, brennbare von nicht-brennbaren Stoffen sorgfältiger als bislang zu trennen. Bei der Verbrennung müssen gegenwärtig noch Brennstoffe zugefügt werden. Eine thermische Verwertung gilt deshalb künftig als erstrebenswert. Die Studie von Mikio Sugo (Economic and Social Research Institute Tokio) zeigt technische, ökonomische und organisatorische Möglichkeiten der Wiederverwertung von Metallen und Glas auf. Mittelfristig verspricht man sich von derartigen Modellen Exportmöglichkeiten, da die Situation japanischer Städte vielfach in Asien existiert und US-europäische Konzepte nicht ohne weiteres übertragbar sind. Regionale Fallstudien zur Kreislaufwirtschaft werden von Kazuhiro Ueta (Kyoto Universität) und Yomiko Nakano (Mitsubishi Research Institute) erarbeitet. Die Studie von Sunao Kawai (Waseda Universität Tokio) behandelt institutionelle Aspekte auf der regionalen Ebene und diskutiert Einführungsmöglichkeiten lokaler Währungen. Der Nestor der japanischen Kreislaufwirtschaft, Katsumi Yorimoto (Waseda Universität), spricht in diesem Zusammenhang von „synergistischen Rollen“ unterschiedlicher Akteure und Sektoren. Die allgemeine Bedeutung der Abfallpolitik ist auch an folgender Entscheidung ablesbar: Das japanische Panel zur Wirtschafts- und Steuerpolitik, das die aktuellen Reformvorhaben der Regierung koordiniert, hat einen Unterausschuß zur Kreislaufwirtschaft einberufen; er steht unter dem Vorsitz von Prof. Komiyama (Tokio Universität).

Barbara Strobl und Rob Tinch (CSERGE) werten im Studienprogramm Erfahrungen mit der britischen Abfallpolitik und der neuen Deponieabgabe aus. Michael Sturges (Pira International) unterstreicht die Bedeutung ökonomischer Anreize für das Papierrecycling und weist auf die Bedeutung interregionaler Institutionen hin. Leo Schrattenholzer (IIASA) arbeitet an langfristig ausgerichteten Energieszenarien. Nach seinem Modell kann eine solare Wasserstoffwirtschaft in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts die Klimaänderungen in erträglichen Grenzen halten. Auf besonderes Interesse stieß seine Aussage in der Konferenz, die Ziele des Kioto-Protokolls seien deshalb weder notwendig noch ausreichend. Die Studie von Christian Egenhofer und Carlo Carrara (CEPS) unterstreicht die Bedeutung ökonomischer Anreize zur Kostensenkung der Klimapolitik und weist insbesondere auf

das Potential handelbarer Emissionsrechte hin. Rolf Ulrich Sprenger (Ifo Institut) zeigt Beschäftigungspotentiale der Umweltpolitik und diskutiert regional ausgerichtete Entwicklungspfade. Raimund Bleischwitz arbeitet mit der Studiengruppe am Wuppertal Institut zu Stoffströmen, Energie, Verkehr und Gebäuden. Das Wuppertal Institut betont neben technischen Potentialen die Bedeutung von Informationen und der Wissensgenerierung. Es analysiert Einsatzmöglichkeiten strategischer Ziele nach Art eines „Faktor Vier“, um Suchbewegungen der Unternehmen zu stimulieren und um die gesamtwirtschaftliche Orientierung für die Produktivitätsentwicklung zu erhöhen.

Das Studienprogramm ist insgesamt relativ breit angelegt. Einige Studien arbeiten an der unmittelbaren Verbesserung der japanischen Abfall- und Umweltpolitik. Andere untersuchen Übergänge und Perspektiven der Zukunftsoptionen Abfallvermeidung und Rohstoffschonung. Gemeinsame Untersuchungsobjekte sind Preis- und Marktentwicklungen für wiederverwendbare Stoffe und Produkte. Im Jahr 2002 sollen Überlegungen angestellt werden, wie die beiden Bereiche „alternde Gesellschaft“ und „Umweltänderungen“ gemeinsam analysiert werden können. In Japan wird relativ unbefangen über eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit diskutiert. Verluste bei der Arbeitsproduktivität könnten durch eine Erhöhung der Ressourcenproduktivität über Mehrfachverwendungen, Reparaturen etc. teilweise kompensiert werden. Die Funktion von Ökosteuern, Ökofonds und der Finanzmärkte zur Erhöhung intergenerativer Gerechtigkeit bei gleichzeitiger Unterstützung der Märkte für Öko-Effizienz scheint ein weiterer Untersuchungsgegenstand zu werden. Alles in allem ist die Förderung internationaler Forschung zur Bearbeitung von Langfristfragen durch die japanische Regierung vorbildlich und ein Gewinn für alle Beteiligten.

Raimund Bleischwitz

### **Slavery, Unfree Labour and Revolt in Asia and the Indian Ocean Region**

Avignon, 4 – 6 October 2001

From October 4 – 6 the third *Colloque internationale sur l'esclavage* was held in Avignon, France, on Slavery, Unfree Labour & Revolt in Asia and the Indian Ocean Region. It attracted 46 participants from 17 countries (France, Ethiopia, the USA, South Korea, Mauritius, Thailand, Australia, Nepal, the UK, Italy, Germany, Canada, Senegal, Portugal, India, Tanzania and South Africa). They included economists, anthropologists, and especially historians.